

Ein neuer Anlauf zur Bändigung der Finanzmärkte

Seit Ausbruch der internationalen Finanzkrise Mitte 2007 steht eine Frage unbeantwortet im Raum: Wer bestimmt den Lauf von Wirtschaft und Gesellschaft – entgrenzte Finanzmärkte, getrieben von anonymen Managern, die unter weitgehender Haftungsfreistellung mit unvorstellbaren Summen auf Renditejagd gehen, oder demokratisch legitimierte Institutionen? Die Antwort auf diese Frage und damit die politische Bändigung eines finanzmarktgetriebenen Kapitalismus ist eine entscheidende politische Herausforderung unserer Zeit.

Diese Krise hat sehr viel mehr gekostet als Geld. In den Augen vieler Bürger verletzt sie Gerechtigkeitsgebote und den Sinn für Maß und Mitte. Die Rückgewinnung der politischen Gestaltungskraft ist eine legitimatorische Notwendigkeit, um die zentrale Voraussetzung von Politik zu schaffen: Vertrauen. Dieses Vertrauen ist im Zuge der Finanzkrise verloren gegangen, weil die Menschen nicht glauben, die Politik könnte etwas verändern. Das Vertrauen in die Gestaltungsfähigkeit von Politik ist jedoch die Voraussetzung für die Stabilität und Funktionsfähigkeit einer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung, von der nicht zuletzt alle Unternehmen der

Finanzwirtschaft wie der Realwirtschaft abhängig sind. Sie sitzen mit auf dem Ast, an dem ein kruder Finanzkapitalismus und seine marktradikalen Anhänger sägen.

Weitere ehrgeizige Schritte zur Regulierung der Finanzmärkte und Begründung einer neuen Bankenkultur sind deshalb nötig.

Die Verantwortlichen an den Kosten der Krise beteiligen

Zwischen 2008 und 2010 haben die europäischen Regierungen 1,6 Billionen Euro für die Rettung ihres Bankensektors aufgebracht. Das entspricht 13 Prozent ihrer gesamten Wirtschaftsleistung. Dreiviertel davon bestanden aus Garantien und 400 Milliarden Euro wurden für direkte staatliche Rekapitalisierungsmaßnahmen bereitgestellt.

Wir fordern, dass die Finanzmärkte durch eine Finanztransaktionssteuer an den Kosten der bisherigen Rettungsmaßnahmen beteiligt werden. Das hat auch die Europäische Kommission vorgeschlagen. Die Bundesregierung muss ihre Zusagen an die SPD nun in Brüssel einhalten.

Rückzug aus der Staatshaftung

Banken müssen scheitern können! Notwendig ist deshalb die Einführung eines Bankenfonds als europäische Abwicklungsanstalt mit einem bankenfinanzierten Restrukturierungsfonds und die Einführung eines einheitlichen europäischen Abwicklungsregimes für die sogenannten systemrelevanten und grenzüberschreitend tätigen Banken.

Bei einer Rettung von Banken sollen zuerst die Eigentümer der Bank haften. Danach müssen auch die Gläubiger der Bank an den Verlusten beteiligt werden. Die in Deutschland bewährten Systeme der Instituts- und Einlagensicherung für kleine und mittelgroße Banken sollten beibehalten werden.



Bullen- und Bärenmärkte stehen für anhaltend steigende oder anhaltend sinkende Kurse (Hausse und Baisse). Gerade Finanzmärkte mit ihren kurzfristigen Entscheidungen sind jedoch kaum kontrollierbar in ihrem Handeln. Die Folgen können verheerend sein. Nicht zuletzt deshalb fordert die SPD eine europaweite Finanztransaktionssteuer. Elf Länder haben nun zugesagt, eine solche Steuer einführen zu wollen.

Erpressungspotenzial verringern

Bei Banken mit komplexer Geschäftstätigkeit muss das Einlage- und Kreditgeschäft von den riskanten Handelsgeschäften im Investmentbanking abgeschirmt werden. Unter dem Dach einer Holding sollen Kredit- und Einlagengeschäft, Investmentbanking und andere Geschäftsbereiche als rechtlich und wirtschaftlich eigenständige Tochterunternehmen mit eigenen Bilanzen und Vorständen fortgeführt werden.

Durch die Trennung der Geschäftsbereiche werden Risiko und Haftung zusammen geführt: Haftung für Risiken findet dort statt, wo die Gewinne aus den Risiken vereinnahmt werden. Fallen in einem riskanten Geschäftsbereich hohe Verluste an, bleibt der Schaden auch auf diesen Geschäftsbereich beschränkt.

Wir fordern ein Ende des spekulativen Eigenhandels durch Banken. Als Eigenhandel gelten dabei alle Handelsbuchge-

schäfte, die zur kurzfristigen Gewinnerzielung auf eigene Rechnung getätigt werden. Wer Eigenhandel betreibt, soll weder Einlagen entgegen nehmen dürfen, noch Zugang zu Zentralbankgeld haben. Ebenso sollen Banken, die Einlagen entgegen nehmen oder Zugang zur Zentralbank haben, sich an anderen Finanzinstituten, die Eigenhandel betreiben, weder beteiligen noch diese refinanzieren dürfen.

Licht ins Dunkel bringen

Schattenbanken wie Hedge-Fonds, Private-Equity-Fonds und Zweckgesellschaften nehmen einen immer größeren Anteil an den Finanzmärkten ein, ohne dass sie ausreichend reguliert werden. Für das Schattenbankenwesen muss in Zukunft der Grundsatz gelten: Gleiche Regulierung bei gleichem Geschäft!

Finanztransaktionen haben oftmals den Bezug zur Realwirtschaft verloren. Mit Derivaten werden anstelle realer Produkte Erwartungen an zukünftige Preisentwicklungen oder spezielle Risiken gehandelt. Diese Geschäfte werden zum überwiegenden Teil als sogenannte Over-the-Counter-Geschäfte (OTC) außerhalb regulierter Märkte durchgeführt. Wir fordern eine stärkere Transparenz, Kontrolle und Standardisierung der Derivategeschäfte.

Auf den Rohstoffmärkten hat das Engagement von Banken und anderen Finanzmarktakteuren inzwischen Überhand genommen. Banken kaufen und verkaufen ganze Öltanker und treiben über Warentermingeschäfte die Preise für Nahrungsmittel in die Höhe. Wir fordern das Verbot für Banken, mit Nahrungsmitteln, Agrar- oder Energierohstoffen zu handeln, ohne dass ein realwirtschaftlicher Hintergrund besteht.



Es kann nicht sein, dass Banken Gewinne privatisieren, aber Verluste sozialisieren.

Wir fordern ein generelles Verbot des ungedeckten Kaufs von Kreditderivaten auf Staaten, Banken, Unternehmen etc. Der ungedeckte Kauf einer Kreditversicherung ist eine Wette, die dann aufgeht, wenn der andere pleite geht.

An den Börsen findet ein Großteil des Handels nicht mehr zwischen Menschen, sondern zwischen Maschinen statt. Algorithmen kaufen in hohem Volumen Wertpapiere, um sie binnen kürzester Zeit wieder zu verkaufen – mit der Folge rapider Preisbewegungen, die die Stabilität der Finanzmärkte gefährden. Kernpunkt einer wirksamen Regulierung des sogenannten Hochfrequenzhandels muss ein Zulassungsverfahren für die handelnden Algorithmen sein.

Die Bewertung von Finanzprodukten, das Risikomanagement und vor allem die aufsichtliche Eigenkapitalunterlegung beruhen weitgehend auf Ratings, die darauf spezialisierte Agenturen vergeben. Dieser Markt wird dominiert von drei amerikanischen Unternehmen. Senken sie den Daumen, kann das ganze Volkswirtschaften in einen Abwärtsstrudel reißen. Wir fordern eine unabhängige Kontrolle von Staatenratings durch die OECD oder den IWF, eine Reform der Geschäftsmodelle von Ratingagenturen, die Gründung einer europäischen Ratingagentur in Form einer gemeinnützigen Stiftung und die Förderung bankeigener Ratingverfahren.

Der Verantwortung gerecht werden

In der Finanzkrise wurde augenscheinlich, dass viele Banken weder genug Eigenkapital vorgehalten hatten, um Verluste auszugleichen, noch über genug flüssige Mittel verfügten, um in der Krise liquide zu bleiben. Mit Basel III sollen weltweit höhere Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen gelten. Die gilt es zügig umzusetzen, ohne die Kreditversorgung von Kommunen und Mittelstand zu gefährden. Außerdem müssen die neuen Regelungen dem dreisäuligen deutschen Bankenwesen mit seinem hohen Anteil an regional tätigen Kreditinstituten gerecht werden.

Ausgangspunkt für die Finanzkrise waren Immobilienblasen in verschiedenen Ländern (USA, GB, Spanien, Irland) mit Beleihungen von Immobilien zu 100 Prozent und – in Erwartung steigender Immobilienpreise – teils sogar zu 120 Prozent. Wir fordern, dass der traditionelle Grundsatz, eine



Peer Steinbrück, Verantwortlicher für das Projekt „Regelung und Aufsicht von Finanzmärkten“ der SPD-Bundestagsfraktion, hat ein 25-seitiges Papier zur Regulierung der Banken vorgelegt. Das Positionspapier ist auf der Website der SPD-Bundestagsfraktion unter www.spdfraktion.de herunterladbar.

Auf www.spdfraktion.de/youtube ist ein Video mit der Pressekonferenz Steinbrücks zu seinen Vorschlägen zu sehen.

Aufsicht auf Augenhöhe

Der EZB soll – mit der Perspektive einer späteren Ausgliederung – die Aufgabe einer europäischen Aufsichtsbehörde übertragen werden, um systemische Risiken frühzeitig zu bekämpfen und große grenzüberschreitend tätige Banken effektiv zu kontrollieren. Die Aufsichtsfunktionen sollen strikt getrennt von der Geldpolitik in einer rechtlich selbständigen Aufsichtseinheit angesiedelt werden. Dem Europäischen Parlament muss die demokratische Kontrolle dieser Aufsichtseinheit übertragen werden.

Die Aufsicht über kleine und mittlere regional tätige Banken (v. a. Sparkassen und Genossenschaftsbanken) kann und muss in Deutschland auch weiterhin bei BaFin und Bundesbank verbleiben.

Die nationale Aufsicht soll gestärkt werden durch eine Verbesserung der Zusammenarbeit aller Beteiligten, eine Beschleunigung der Aufsichtsprozesse, die Erweiterung der Aufsichtskompetenzen und die bessere Qualifikation und höhere Bezahlung des Aufsichtspersonals.

Vertrauen zurückgewinnen

Zur Finanzierung der Realwirtschaft, zur Förderung eines nachhaltigen Wachstums und zur Wohlstandssicherung von Millionen von Anlegern bedarf es eines starken, leistungsfähigen und soliden Finanzsektors. Der wird gleichermaßen lokal verwurzelt wie international aufgestellt sein müssen. Eine derzeit zu beobachtende „Renationalisierung“ von Bankenaktivitäten und Bankenstrukturen ist für Europa ebenso kritisch wie die Abwälzung der Risiken aus riskanten Geschäften auf Staaten und ihre Steuerzahler.

Banken sind Dienstleister und keine Zockerbuden, die mit fremder Leute Geld hohe Einsätze wagen, um unter Vernachlässigung der Interessen ihrer Kunden und ihrer Eigenkapitalbasis extreme Renditen zu erzielen, die in Form von Boni an das Management und in Form von Dividenden an die Aktionäre fließen.

Es bedarf der Korrektur einer Übertreibung und Risikoignoranz, an der keineswegs alle Banken und Bankmanager beteiligt sind, die aber ganze Staaten und ihre Gesellschaften in Mitleidenschaft gezogen hat. Dazu bedarf es der Gesetzgebung und der Reaktivierung des Prinzips, dass Haftung und Risiko zusammenfallen. Dazu bedarf es auch eines Kultur- und Bewusstseinswandels der Finanzindustrie selbst – nicht nur in ihren Handelsräumen.

Ein neuer Anlauf zur Bändigung der Finanzmärkte

Vertrauen zurückgewinnen

NEUE WERTSCHÖPFUNG UND GUTE ARBEIT



WWW.SPDFRAKTION.DE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN
HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
TEXT: PEER STEINBRÜCK, MdB | STAND: OKTOBER 2012
FOTOS: © KLAUS VHYNALEK (TITEL), BILDERBOX.COM (S. 3/4, 5), TRENKEL/BILDSCHÖN (S. 7/8)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIEN AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.